

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Wochenpreis: monatlich 2.00 M., vierteljährlich 5.40 M. Durch die Post 4.70 bzw. 14.10 M. Beleggeld wird besonders erhoben. Einzelnnummer 20 Pf. In Halle höherer Gewalt, Streik, Kasperrung, Betriebsänderung hat der Verlag keinen Anspruch auf Fortsetzung der Zeitung oder Rückzahlung der Gebühren.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Druckerei: Wiesbaden, Nikoladstraße 11, Fernruf Nr. 1915 und 1916. — Anzeigenpreis: Die 14 mm breite Kolonne jeite 603, die 12 mm breite Reklameweile 2.-M.; außerhalb: 75 A. bzw. 1.-M., Ausland 2.- bzw. 1.- M. Rabatt lt. Tarif. Sonderbeilagen 15 A. pro 1000.

Nummer 556

Samstag, 27. November 1920.

74. Jahrgang

Die Gärung im Zentrum.

Eine offenbar parteilose Auffassung des Zentrums in der „Germania“ sucht die Ankündigung einer neuen Parteiarbeit in der Offener Rede des preussischen Zentrumsministers Stegerwald als eine falsche Auffassung der Hörer hinstellen. Es heißt u. a. in der „Germania“: „Der preussische Minister Stegerwald hat auf dem Kongress der christlichen Gewerkschaften in Essen am 20. November eine Rede gehalten, die in der zentrumsfreundlichen Presse eine Auslegung gefunden hat, nach der die Gründung einer neuen Partei bevorstehe. Die wir zuverlässig aus parlamentarischen Kreisen erfahren, wird die Rede Stegerwalds falsch aufgefaßt, da sie nur in Auszügen und auch in diesen in nicht zutreffender Fassung wiedergegeben ist. In einem Tonen wird der genaue Text der Rede erscheinen. Über die der Rede Stegerwalds anzuordnenden Gesandtschaften ist bereits auf der letzten Tagung des Reichstages am 11. Oktober verhandelt worden. Eine Lösung vom Zentrum etwa durch Gründung einer neuen Partei wird von keiner Seite beabsichtigt.“

Werkwürdig ist es, daß alle Zuhörer in Essen sich geirrt haben sollen. Man muß abwarten, was von Stegerwalds Rede dazu gesagt werden wird. Auf der Tagung des Bundeskongresses der preussischen Zentrumspartei am 12. und 13. Dezember wird die Anwesenheit für Preußen erörtert werden. Gleichfalls ist Aufmerksamkeit zu machen, daß vom Reichsausschuß der Zentrumspartei eine Kommission zur neuen Durchsicht und Ausgestaltung des Zentrumswortlauts eingesetzt wurde. Die Beratungen dieses Ausschusses werden sich ebenfalls auf diese Frage beziehen.

Betriebsrätefragen.

An den Kongress der christlichen Gewerkschaften in Essen hat sich ein Kongress der christlichen Betriebsräte. Reichsausschusses Dr. Braun machte dabei längere Ausführungen über die Stellung und Entwicklung der Betriebsräte. Er bezeichnet als Voraussetzung für die nützliche Arbeit des Betriebsrates und auch als Voraussetzung für eine vernünftige Sozialisierung die sogenannte Durchsichtmachung der Wirtschaft unserer Großunternehmen. Der Minister meinte somit die Durchführung einer klaren Bilanz aufstellung, die auch dem Arbeiter einen Einblick ermöglicht. Die Betriebsabläufe von heute dienen oft nur der Verhinderung der Arbeit.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 26. Nov. Im Reichstag wurde auf eine Anfrage der Deutschen Volkspartei von der Regierung erklärt: Nach dem Friedensvertrag können die deutschen Kolonien in den deutschen Kolonien liquidiert werden. Auch in Samoa wird von der neuseeländischen Verwaltung von allem Rechte Gebrauch gemacht. Am 16. Juni hat der Dampfer „Rain“ Apia mit 300 Deutschen an Bord verlassen. Die Abreisenden erhielten 800 Mark pro Kopf und durften zur persönlichen Effekten mitnehmen. Die Behandlung beim Abtransport war unwürdig und darauf angelegt, die Deutschen in den Augen der Eingeborenen herabzusetzen. Die Regierung ließ wiederholt eindringliche Vorstellungen bei der britischen Regierung erheben. Alle Schritte blieben erfolglos.

Der Reichstag behandelte darauf die deutsch-nationale Interpellation über den Berliner Elektrizitätsstreik in Verbindung mit den Anträgen auf Aufhebung der Vernehmung des Reichspräsidenten. Die infolge des Streiks den Ausnahmestand erklärte hatte. Reichsminister Koch führte aus, die Regierung habe sich bei dem milden Charakter des Streiks wegen der schweren Folgen desselben für Kranken- und Invaliden im außerordentlichen Vollmachten ausüben lassen. Da die Kommunisten erst jetzt wieder mit erneutem Streik drohen, habe er eine Aufhebung der Ausnahmeverordnung für verfrüht. Das Schlichtungsgesetz sei in Vorbereitung. Berlin müsse wieder eine Stätte der Arbeit und Ordnung werden, damit das Vertrauen Deutschlands und auch des Auslandes zu ihm wiederkehre.

Der Verkehr im Binger Loch.

Auf eine kleine Anfrage des Abgeordneten Beder-Hessen (D.) wegen Gefährdung und Behinderung der Rheinfahrt durch das Binger Loch erwiderte Ministerialdirektor Ottmann achtern im Reichstag, dieser Nebestand sei der Regierung bekannt. Die Vorarbeiten für eine Neuauflage seien im Gange und ein Projekt sei bereits ausgearbeitet. Eine endgültige Neuauflage werde sich erst nach dem Abgang der Wasserstrassen auf das Reich, also nach dem 1. April nächsten Jahres, durchführen lassen. Man kann dann darauf rechnen, daß nach etwa drei Jahren die Befahrung einer einwandfreien Fahrtrasse gewährleistet ist.

Streichungen an Heeresausgaben.

Berlin, 26. Nov. Am Hauptauschuß des Reichstages wurde ein sozialdemokratischer Antrag, von der Gesamtsumme der Kosten für Waffen, Munition und Heeresgerät 50 Millionen Mark 65 Millionen zu streichen, mit Zustimmung der Unabhängigen und des Zentrums angenommen. Minister Gessler erklärte, daß die Heeresverwaltung durch diesen Beschluß in die größten Schwierigkeiten kommen könne da der Hauptteil der angesehenen Geschäfte für die Beschaffung von Munition, sondern für unrentable Ankaufarbeiten bestimmt sei und noch aus den vorigen Jahresbudget darstelle.

Seftstellung der Menschenverluste im Kriege

Paris, 27. Nov. Der Abgeordnete Marin hat der Kammer eine Entschädigung unterbreitet, um den Ausschuh für Heer und Marine zu erforschen, den genauen Verlust an Menschen bei allen kriegsführenden Staaten festzustellen. Dem Entwurf liegt eine Begründung bei, in der die ungefähre Zahl aus allen am Kriege beteiligten Staaten angegeben wird. Die Verluste Frankreichs bis zum Juli 1919 werden auf 1.889.000 geschätzt, was einem Prozentsatz von 16,44 aller mobilisierten Soldaten gleichkommt.

Die Pflege der Soldatengräber in Frankreich.

Paris, 25. Nov. Die französische Regierung hat der Kammer einen Gesetzentwurf unterbreitet, um das Gesetz vom 29. Dezember 1915 betreffend die Gräber aller Soldaten des Landes und der Marine der französischen und der alliierten Heere, die während des Krieges gestorben sind, auch auf die deutschen Gräber in Frankreich anzuwenden. Dieser Gesetzentwurf ist nach den Bestimmungen des Artikels 225 des Friedensvertrages auszuarbeitet worden, der der französischen Regierung die Verpflichtung auferlegt, die deutschen Gräber zu respektieren und zu erhalten. Die bereits vorhandenen deutschen Gräber sollen erhalten bleiben. Die Einzelgräber sollen zusammengelegt werden.

Englische Stimmen zur Revision des Friedensvertrags mit der Türkei.

Paris, 27. Nov. (Havas.) Der „Rain“ veröffentlicht folgendes Telegramm aus London: Eine Eingabe anlässlich einer Nachprüfung des Friedensvertrages von Sevres, die in entschiedenem Wortlaut abgefaßt ist, wurde von zahlreichen Persönlichkeiten Englands an die Völkerbundversammlung gerichtet. Die darin vorgebrachten Beweisgründe sehen dahin, daß die Bedingungen für die Türkei zu hart sind, was die gesamte öffentliche Meinung der westlichen Völker gegen England ansetzt. Diese Bedingungen verantwortl. gemacht werden. Unter den Unterzeichnern der Eingabe befinden sich Aga Khan, hohe indische Persönlichkeiten, vier Lords und zwei Mitglieder des Parlaments usw.

Clond George für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund.

Liverpool, 26. Nov. Clond George erklärte in einer Rede über den Völkerbund, es sei besser, die früheren feindlichen Staaten so rasch als möglich in den Völkerbund aufzunehmen; denn dieser nicht alle Mächte umfasse, könnte sich eine Gegenliga bilden. Deutschland würde weniger gefährlich sein, wenn es Mitglied des Völkerbundes wäre.

Aus Irland.

London, 26. Nov. (Havas.) In Dublin wurden außer dem Präsidenten der irischen Republik, Griffith, auch der Organisator der Blauweissen Freiwilligen, Professor Mac Neill, sowie mehrere andere Führer der Bewegung verhaftet.

Corf, 26. Nov. (Havas.) Bei einer neuen Bombenexplosion geriet eine Fabrik in Brand. Zwei Personen wurden getötet und eine wurde verwundet.

New-York, 26. Nov. (Havas.) Nach Schluß eines Seelenamts für den verstorbenen Bürgermeister von Corf brachen etwa fünftausend Personen, Männer und Frauen, in das Lokal des Union-Klubs ein, der die britische Fahne achte hatte. Es entstand eine Schlägerei. Die Plaque wurde für kurze Zeit entfernt. Fensterhebeln des Gebäudes wurden eingeworfen. Polizei machte der Schlägerei ein Ende.

Aus Griechenland.

Paris, 27. Nov. Nach einer Havas-Meldung aus Athen sind bis jetzt 8 Generale und 121 Offiziere, die Venizelos auf dem Meer erlöset hatte, weil sie dem türkischen Sympathien verdächtig waren, wieder in ihre Stellung eingesetzt worden. Das gleiche gilt für zahlreiche Beamte und Priester. Nach der gleichen Meldung soll Baron Eden v. Schweinsberg zum Chef des Pressebüros im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten ernannt worden sein. — Am Sonntag sollen hier zu Ehren des angekommenen Prinzen Nikolaus große Kundgebungen stattfinden.

Die armenische Regierung hat an das armenische Volk eine Botschaft gerichtet, in der es heißt: Durch die Wahlen vom 14. November hat das armenische Volk klar seinen Willen zur Donatisterei kundgegeben. Sie von ihnen angenommen wurde, die das Volk durch den Stimmentzettel gemißbilligt hat; es hat aus der Regierung diejenigen abgemerkt die dem Arina Konstantin keine Rechte auf den armenischen Thron beiräten. Die Umstände unter denen der König das Land verlassen mußte, machen es notwendig, auch über die Rückkehr des Arinas durch Volksentscheid zu bestimmen. Für Sonntag, 5. Dezember, wird das Volk zu den Wahlen gerufen, um durch geheime Wahl der Regierung den Auftrag zu erteilen, dem Arina die Bitte zu unterbreiten, in sein Land zurückzukehren und dort sein hohes Amt auszuüben.“

Der Prozeß Prinz.

Berlin, 26. Nov. Bei der heutigen Verhandlung im Prozeß gegen Prinz wurde als erster Zeuge der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Weis vernommen. Er erklärte er sei noch dem 9. November mit Scheidemann, Ebert und Landsberg viel zusammen gewesen. Niemand habe er von diesen auch nur ein Wort gehört, daß für die Unschädlichmachung Liebknechts und Luxemburgs eine Belohnung ausgesetzt worden sei. Was der Zeuge von Tiska über eine von ihm angeblich erhaltene Summe von 4-5000 Mark ausgelegt habe sei unrichtig.

Auf die Frage des Staatsanwalts Deuner, ob nicht in der Regierung nahestehenden Kreisen auch mal ein Strohseufzer ausgestoßen worden sei, man würde was darum geben, wenn Liebknecht und Luxemburg unbeschädigt gemacht würden, erwiderte der Zeuge in Regierungskreisen habe er nichts davon gehört. Auf die Frage des Anwalts Vertbauer, ob dem Zeugen bekannt sei, daß in dem Eberthotel nahestehenden Kreisen, von denen die Ermordung Liebknechts ausging, der Wunsch bestanden habe, durch gewisse Befehle die Tat auf Scheidemann abzuwälzen, erklärte Weis, von schriftlichen Befehlen habe er zum ersten Mal im Ellzarsprozeß gehört.

Der hierauf vernommene frühere Stadtkommandant Anton Richter der während der Januarunruhen 1919 Meißelstraße Oberhaupt in Berlin hatte, erklärte in Regierungskreisen sei man über den Tod Liebknechts erschüttert gewesen und habe die Tat als ein Ausmaß politischer Dummheit bezeichnet. Ferner teilte der Zeuge mit, daß Konrad Leo Simon, der Kommandantur We der zur Verfügung gestellt habe, um für eine gute Beziehung der Soldaten Sorge zu tragen. Da damals das Gerücht aus die Soldaten von Liebknechts Seite 25 Mark monatlich erhielten, habe Simon Geld zur Verfügung gestellt, damit die Soldaten nicht zu Liebknecht übergingen. Diese Gelder seien jedoch keineswegs in die Regierung gebracht zu Belohnungen für Morde, sondern mit der Bestimmung daß sie zur Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit dienen sollten.

Der „Mörder“ der Rosa Luxemburg.

Berlin, 2. Nov. Der angebliche Oberleutnant Karl Heinz Hoffmann, der sich im Exsultier Garnisonlazarett als der Mörder Rosa Luxemburgs ausgeben hat, wurde auf Grund des Erkennungsverfahrens als der Konditor Hermann Otto aus Pönbura festgenommen. Er ist ein lauer Reddriesslich geistlicher Prediger und Betrüger in vielen schweren Fällen. Seine Behauptungen über die Ermordung Rosa Luxemburgs stellen sich als gewöhnlicher Schwindel heraus.

10 Milliarden für Lebens- und Düngemittel.

Nach dem „Berliner Tageblatt“ verlaute in parlamentarischen Kreisen daß dem Reichstag ein Antrag auf Erlassung von 10 Milliarden Mark gemacht wird. Es handele sich dabei im wesentlichen um die Bereitstellung von Mitteln zur Beschaffung von Lebensmitteln und Düngemitteln aus dem Ausland.

Besprechungen des bayerischen Ministerpräsidenten mit den Alliierten.

Der „Boschischen Zeitung“ zufolge hatte gestern der bayerische Ministerpräsident v. Kahr in Berlin eine längere Besprechung mit dem englischen Botschafter, dem französischen Botschafter und dem General Kollitz.

Der Pariser deutsche Botschafter in Berlin.

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ mitteilt, ist der deutsche Botschafter in Paris Dr. Nayer, zu kurzem Aufenthalt in Berlin eingetroffen.

Der Zwißensfall in Cuxhaven.

Paris, 26. Nov. Havas läßt sich aus Berlin melden, daß im Verfolg des Zwißensfalls in Cuxhaven der Vorsitzende der internationalen Kontrollkommission für die Marine, Charlton, der deutschen Regierung eine Note übergeben habe, in der er die Abberufung des deutschen Kommandanten von Cuxhaven und die Bestrafung der Leute verlange, die die vier Ententeoffiziere befehligen hätten. Die Abberufung des Kommandanten müsse in Anwesenheit der vier Offiziere erfolgen.

Die Demokraten in Thüringen.

Der demokratische Landtagsabgeordnete Kommerzienrat Lindner in Sondershausen hat sein Mandat niedergelegt und ist aus der Partei ausgeschieden. Die Regierungsbildung in Thüringen hat ihn in diesem Schritt veranlaßt. Es marschieren dabei die Demokraten Hand in Hand mit den Unabhängigen gegen die Bürgerlichen.

Der Metallarbeiterstreik in Niederschlesien.

Berlin, 26. Nov. Über den Streik der Metallarbeiter Niederschlesiens geht und von Arbeitgeberseite die Mitteilung zu, daß die Arbeit im allgemeinen am 29. Nov. wieder aufgenommen wird. Maßnahmen gegen die Streikenden sind nicht statt, jedoch auch keine Bezahlung der Streikloae. Was die Löhne betrifft, so wurden seitens der Arbeitgeber noch einige Zugeständnisse über den Schiedsspruch vom 16. Nov. hinaus gemacht.

